

## Asyl mit einem Klick

Der Mediencoup kam vor dem Sommerloch: Edward Snowden veröffentlichte Anfang Juni Informationen über das geheime US-Überwachungsprogramm «Prism». Über Nacht wurde der ex-Geheimdienstmitarbeiter zum Vorkämpfer für ein freies Internet und zum Staatsfeind Nr. 1 in den USA. Nach einer mehrtägigen Flucht landete Snowden in Moskau. Dort angekommen, stellt er gemäss Wikileaks Asylgesuche in 21 Ländern, darunter auch in der Schweiz.

Selbst wenn sein Gesuch tatsächlich in Bern eingetroffen wäre, was das Bundesamt für Migration energisch bestreitet, hätte der Asylantrag aus Moskau keine Chance gehabt. Fast

**«Es braucht neue Wege, auf denen Schutzbedürftige sicher in die Schweiz gelangen können.»**

zeitgleich mit den brisanten Enthüllungen hat die Stimmbevölkerung am 9. Juni 2013 die «dringlichen Massnahmen» und damit auch die Abschaffung des Botschaftsasyls angenommen. Schutzbedürftige müssen sich nun bereits in der Schweiz aufhalten, um einen Antrag auf Asyl stellen zu können.

Verfolgte haben damit die letzte Möglichkeit verloren, legal in die Schweiz zu gelangen. Sie müssen sich einem kriminellen Schlepper anvertrauen und riskieren ihr Leben. Schweizer Botschaften können zwar humanitäre Visa ausstellen. Sie tun dies aber äusserst knauserig – von Oktober 2012 bis Mai 2013 nur in sechs Fällen. Flüchtlinge Menschen in Drittstaaten, haben sie in der Praxis kaum eine Chance, ein humanitäres Visum zu erhalten.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Es braucht neue Wege, auf denen Schutzbedürftige sicher in die Schweiz gelangen können. Weshalb nutzt die Schweiz nicht die neuen Möglichkeiten, die sich mit dem Internet bieten? Für einen Asylantrag braucht es heute keine Botschaft mehr. Ein Formular im Internet würde genügen.

Ist ein Asyl-Schalter im Netz nur Zukunftsmusik? Im Gegenteil: Visa-Gesuche können bereits heute via Internet gestellt werden. Verfahren lassen sich auf diese Weise effizienter und noch dazu kostengünstiger abwickeln. Ein solcher Prozess wäre grundsätzlich auch für Asylgesuche denkbar. Der Vorteil liegt auf der Hand: Gefährdete Menschen könnten rund um die Uhr und überall auf der Welt Asyl beantragen. Zivilgesellschaftliche Organisationen hätten die Möglichkeit, Gesuche zu unterstützen und Informationen

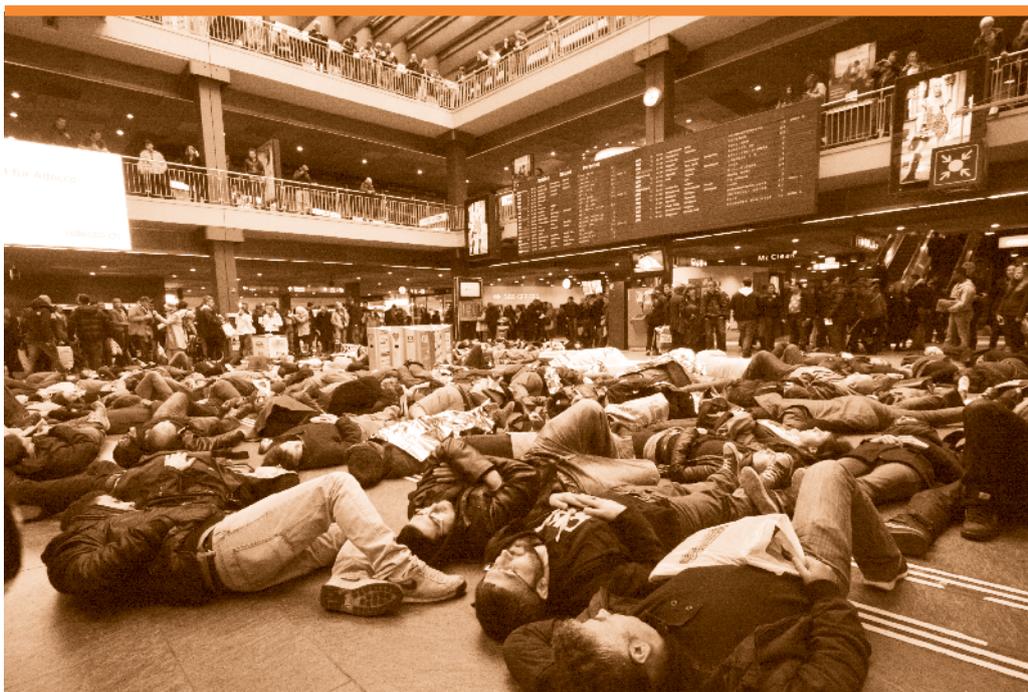


**Solidarité  
sans  
frontières**

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**NR. 3, SEPTEMBER 2013**

**WWW.SOSF.CH**



**Die Bilder dieser Ausgabe zeigen einen Querschnitt durch Aktionen im Abstimmungskampf gegen die Asylgesetzverschärfungen.**

beizusteuern, welche die Prüfung erleichtern und beschleunigen würden.

Wir leben in einer Zeit, in der das Internet zu Recht ein Hoffnungsträger geworden ist. In so unterschiedlichen Ländern wie Ägypten und China kämpfen Bloggerinnen und Blogger an vorderster Front gegen autoritäre Regierungen. Sie nehmen sich wie Edward Snowden die Freiheit, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen.

Der Respekt gegenüber diesen Mutigen gibt dem Begriff «Asyl» die breite gesellschaftliche Anerkennung zurück, die in der entfesselten Missbrauchsdebatte verloren ging. Warum sollten wir den Netz-AktivistInnen nicht auch per Internet Schutz vor Verfolgung anbieten? Der Schweiz stünde es gut an, die «humanitären Traditionen» neu zu beleben. Ein einfacher Klick könnte ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglichen. 

Daniel Graf, Campaigner und ehemaliger Mediensprecher von Amnesty International

**Das Freizügigkeitsabkommen**

Europa von links unten (27)

**Seiten 2-3**

**Die Hausangestellten-Kampagne**

Keine Hausarbeiterin ist illegal!

**Seite 4**

**Nach den 21 Prozent**

Wo steht die Asylbewegung? – Dossier

**Seiten 5-8**

DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN UND DIE EU-FREIZÜGIGKEIT

# Schlechte Traditionen und neue Wege

**Die Haltung der deutschen Gewerkschaften zur Arbeitsmigration ist ambivalent: Sie pendelt zwischen internationaler Solidarität, den Interessen ihrer Zielgruppe und der Verteidigung der Wettbewerbsfähigkeit des «Standortes Deutschland».**

«Die berechtigten Ängste der Menschen – gerade in den neuen Bundesländern – vor zu schnellen Zuwanderungen aus Mittel- und Osteuropa und damit verbundenen Belastungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen müssen ernst genommen werden», hiess es in einer Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von 2001. Schon im Jahr zuvor hatten sich der DGB und vor allem die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) dafür stark gemacht, dass die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit nach dem EU-Beitritt der acht osteuropäischen Beitrittskandidaten mindestens drei Jahre länger gelten sollten, als dies Bundesregierung und Kapital wollten. Dem Mangel an Fachkräften könne nicht mit Lohnrückerei begegnet werden, lautete auch 2007 noch die Antwort des DGB auf den Vorstoß der Wirtschaft, die Freizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten früher umzusetzen. Erforderlich seien «in erster Linie mehr Investitionen der Arbeitgeber in Aus- und Weiterbildung» – für Deutsche. Statt gemeinsam mit den osteuropäischen Gewerkschaften gegen Niedriglöhne zu kämpfen, setzte die IG BAU auf nationale Wettbewerbsfähigkeit und akzeptierte Lohn-Nullrunden.

## Neue Wege

Begleitet wurde das ganze 2004 mit einer Kampagne «Ohne Regeln geht es nicht», die sich gegen die «illegalen» KollegInnen (und nicht ihre Auftraggeber) richtete. Immerhin regte sich gegen diese Kampagne, insbesondere gegen die geforderten Baustellenrazzien und die enge Zusammenarbeit mit den für die Schwarzarbeitsbekämpfung zuständigen Hauptzollämtern heftiger innergewerkschaftlicher Widerstand. Im selben Jahr ging die IG BAU dann mit der Gründung des Europäischen Verbandes der Wanderarbeiter einen neuen und ganz anderen Weg. Diese Organisation hatte zwar nur vier Jahre Bestand, sie dürfte aber die mittlerweile verbreiteten Beratungsstellen angeregt haben. Solche Stellen werden inzwischen auch von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie im Rahmen des DGB-Projekts «Faire Mobilität» betrieben. Seit Mai 2011 gelten Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für fast alle

mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Und die DGB-Gewerkschaften scheinen aus den Fehlern gelernt zu haben, die nunmehr vor 50 Jahren begonnen hatten, als die ersten «Gastarbeiter» das deutsche «Wirtschaftswunder» unterstützen sollten – und in niedrige Löhne gedrängt wurden.

**«Lohnsklaverei ist in Deutschland weiter verbreitet als allgemein angenommen»**

Die Gewerkschaften fordern nun die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» insbesondere für jene ArbeitnehmerInnen sicherzustellen, die bei einem Unternehmen in einem anderen EU-Staat angestellt sind und von diesem nach Deutschland entsandt werden. Doch kann unter dem Druck ausländischer Konkurrenz gelingen, was zuvor national nicht erkämpft wurde? Der geforderte Mindestlohn von 8.50 Euro pro Stunde liegt zudem weit unter der Niedriglohngrenze. Arbeitgeberverbände und Bundesregierung sind hierbei keine Partner. Niedriglöhne für ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Staaten sind für sie eine willkommene Ergänzung zu den «Hartz»-Gesetzen, die seit dem letzten Jahrzehnt die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt befördern.

«Lohnsklaverei ist in Deutschland weiter verbreitet als allgemein angenommen», meldete der DGB im Juni dieses Jahres auf seiner Homepage. Wegen der Dumpinglöhne auf niedersächsischen Schlachthöfen hat die belgische Regierung sogar Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht und der EU-Sozialkommissar fordert, endlich auch in Deutschland gesetzliche Mindestlöhne festzulegen. Doch ein Mindestlohn und eine Ausweitung der bisher nur in der Baubranche geltenden Generalunternehmer-Haftung für von Subunternehmen zu entrichtende Sozialversicherungsbeiträge sind in weiter Ferne. Im Gegenteil erfolgte mit dem Beschluss der Durchsetzungsrichtlinie am 20. Juni 2013 sogar eine Abschwächung der EU-Arbeitnehmerentsenderichtlinie.

## «Auf des Elends tiefster Stufe»

Inzwischen suchen auch Rumänen und Bulgaren in Deutschland ein besseres Leben. Die Innenminister wittern einen «Missbrauch» der Freizügigkeit und viele Städte und Gemeinden nennen sie «Illegale» und «Armutsflüchtlinge», obwohl sie EU-Bürger sind und ab dem 1. Januar 2014 die Freizügigkeitsbeschränkungen auch für sie fallen. Glücklicherweise reagiert hier der DGB schneller, als bei der Hetze gegen die vermeintlich faulen Griechen: «Das Recht auf Freizügigkeit darf nicht zur Disposition gestellt werden, weil die nackte Armut Bürgerinnen und Bürger der EU dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen», heisst es in einer gemeinsam mit Pro Asyl und dem Interkulturellen Rat herausgegebenen Erklärung zur Bundestagswahl im September.

Im Falle von Rumänien und Bulgarien trifft sich die EU-Abschreckungspolitik gegen «illegale Migration» mit der Einteilung in «missbräuchliche» und «nützliche» EU-Freizügigkeit. Für verschiedene «nützliche» Berufsgruppen aus den beiden Ländern gelten bereits seit 2012 weitgehende Erleichterungen: Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Auszubildende sowie Saisonkräfte benötigen keine Arbeitsgenehmigung mehr. Und die deutsche Regierung legt verschiedene Programme auf, um die «Lehrstellen- und Facharbeiterlücke» mit jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften aus den Krisenländern der EU zu schliessen.

Gegen solche Spaltungen nützt nur eine Globalisierung der gewerkschaftlichen Zielgruppe. Die Idee ist nicht neu. Die Bau-Gewerkschaftszeitung «Grundstein» schrieb am 5. Oktober 1895: «Diese Aermsten folgen, wie jeder Proletarier, dem naturgemässen Drange nach Verbesserung ihrer Lage. Und es ist nicht ihre Schuld, dass sie den an höhere Lebenshaltung gewöhnten Arbeitern der Länder, wohin sie gehen, eine empfindliche Konkurrenz bereiten. Wenn das so häufig gebrauchte Wort von der «Solidarität der Arbeiter aller Länder» keine Phrase sein soll, so muß sie auch sich bewähren jenen Elementen gegenüber, die ohne eigene Schuld auf des Elends tiefster Stufe stehen.»



Mag Wompel

# Zahlreiche Bedrohungen

**Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU war nur eine halbe Errungenschaft, denn sein Gegenstück war das Ausländergesetz, das eine Einwanderung zur Arbeitsaufnahme für Menschen von ausserhalb der EU nur in Ausnahmefällen zulässt und auch den Familiennachzug für sie an äusserst restriktive Bedingungen knüpft. Aber selbst diese Halbheit, die nur die Menschen aus dem ersten Kreis mit Rechten ausstattete, ist heute bedroht – und das gleich mehrfach.**

Gefahr droht dem Abkommen erstens von zwei Überfremdungsinitiativen, deren Annahme unweigerlich seine Kündigung zur Folge hätte. «Es kommen zu viele», heisst das Motto sowohl der SVP als auch der «Umweltschutzorganisation» ECOPOP. Die SVP macht wie üblich die ImmigrantInnen für alle wirklichen und imaginären Probleme des Landes verantwortlich. Die EcopopperInnen bedienen sich einer verqueren bevölkerungspolitischen Ideologie. Deren «grüner» Anstrich könnte auch auf bildungsbürgerliche Kreise anziehend wirken, die die Schweiz vor der endgültigen Zersiedlung retten möchten: Einfamilienhäuser (und viel Umschwung und Autos und Energie und fette «ökologische Fussabdrücke») nur für uns, sonst ist es mit den schönen Landschaften passé.

Die zweite Gefahr droht vom Bundesrat: Er ist auf das Gerede von den «zu vielen» schon eingetreten. Er aktivierte die «Ventilklausel» zunächst gegenüber den osteuropäischen Staaten und dann gegenüber der EU als ganzer – eine doppelt verlogene Massnahme: einerseits, weil KurzaufenthalterInnen von der Kontingentierung nicht betroffen sind und damit der Nachschub an Arbeitskräften zum Beispiel für die Landwirtschaft nicht eingeschränkt wird; andererseits weil die Klausel im nächsten Jahr ohnehin wegfällt und die Beschränkungen wieder aufgehoben werden müssen. Die symbolische Massnahme soll dem Stimmvolk zeigen, dass seine Überfremdungängste ernst genommen werden. Sie soll helfen, die Abstimmungen über die beiden Initiativen und über das erwartbare Referendum der SVP gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu gewinnen. Sie bewirkt aber genau das

Gegenteil, weil sie statt klare Kante zu zeigen, die Propaganda der Rechten bestätigt.

Denselben Fehler begeht die sozialdemokratische EJPD-Vorsteherin Simonetta Sommaruga auch an anderer Stelle. Sie nimmt nicht nur die «Ängste» ernst, dass «zu viele», sondern auch dass «die falschen» kommen bzw. bleiben. Die Warnung vor erwerbslosen EU-BürgerInnen, die am Ende gar «missbräuchlich» Sozialhilfe beziehen könnten, geistert bereits seit längerem durch die Medien und wird befeuert durch die bürgerlichen Parteien aber auch durch den SP-Rechtsausleger Rudolf Strahm (siehe NZZ am Sonntag vom 2. Juni 2013). Das BFM will, dass die Kantone deshalb Bewilligungen möglichst nur noch für ein Jahr und nicht mehr für fünf ausstellen. Es hat ausserdem den Fall einer Portugiesin ans Bundesgericht weitergezogen und will damit klären, ob nicht auch sozialhilfe-abhängigen EU-BürgerInnen die Bewilligung entzogen werden kann. So macht man Propaganda der Tat gegen die Freizügigkeit.

Bedroht ist die Freizügigkeit aber auch durch die EU selbst – und zwar nicht nur, weil auch einige der reicheren Staaten der Union der Freizügigkeit der Armen einen Riegel schieben wollen. Die Gefahr resultiert vielmehr daraus, dass die Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen – ganz neoliberal – als Bestandteil des Binnenmarktes konzipiert ist. Die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg haben immer wieder argumentiert, dass der grenzenlose Binnenmarkt auch auf der Seite der Löhne

## LABOURNET GERMANY

Die ungehorsamen gewerkschaftlichen Linken – mit und ohne Job – treffen sich (auch) im Netz: Labournet Germany ist Teil jener weltweiten Labournet-Initiativen, die die neuen Technologien für emanzipative Bestrebungen nutzen. Mit fast täglichen Updates und einem Newsletter informiert Labournet über die Wirklichkeit der Arbeitswelt und der Gesellschaft – und die Versuche, beide zu verändern, über Debatten und Aktionen innerhalb und ausserhalb der Gewerkschaften, über Arbeitskämpfe, betriebliche und soziale Aktivitäten. Gegeninformation ist nicht der einzige Zweck der Plattform: Labournet will, dass Menschen sich einmischen, dass ihre Bestrebungen bekannt werden und sie sich gegenseitig vernetzen und unterstützen können. Wir organisieren selbst Solidarität und Aktionen, sei es in Betrieben, mit Erwerbslosen oder MigrantInnen in Billigjobs. Wir verstehen uns als den breiten Zielen der globalen Gewerkschafts- und Sozial-Bewegung verpflichtet und unterstützen die internationale Verständigung durch soziale und gewerkschaftliche Informationen aus fast allen Ländern der Welt (auch der Schweiz).

Mag Wompel

[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

keine nationalen Schutzmechanismen zulasse. Das Lohndumping, die Entsendung von ArbeitnehmerInnen in einen anderen EU-Staat und ihre Bezahlung nach dem tieferen heimischen Lohnniveau, war politisch durchaus erwünscht.

Bei der Annahme der bilateralen Verträge haben die schweizerischen Gewerkschaften deshalb auf «flankierende Massnahmen» gepocht. Sie verteidigten das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, dieses Prinzip auch praktisch durchzusetzen. Baustellenkontrollen alleine können das nicht bewirken, es braucht auch hier das gemeinsame Handeln mit den ArbeitsimmigrantInnen. Wer Niedriglöhne für AusländerInnen verhindern will, muss gleichzeitig dafür sorgen, dass auch im nationalen Rahmen Niedriglohnsektoren verschwinden. Mindestlöhne – solche, von denen sich tatsächlich leben lässt – sind ein Schritt in diese Richtung.

Der Schlüssel liege auch in Zukunft «nicht in der Bekämpfung der Immigrantinnen und Immigranten, sondern beim Schutz der Löhne», sagte SGB-Präsident und SP-Ständerat Paul Rechsteiner unlängst in einem Interview mit der WOZ. Bleibt zu hoffen, dass er sich auch in seiner Partei und bei der SP-Bundesrätin durchsetzen kann.

 (Bu)

DIE HAUSANGESTELLTEN-KAMPAGNE

# «Keine Hausarbeiterin ist illegal»

**Die «Hausfrau und die Magd» ist eine alte Dominanzkonstellation zwischen Frauen – ein Arbeitsverhältnis, das weit mehr umfasst als Lohnabhängigkeit, eine Arbeit, die weit mehr umfasst als putzen. Eine landesweite Kampagne fordert die Aufwertung dieser Arbeit sowie die Legalisierung der irregulären Hausangestellten.**

«Eine Kluft trennt heute nicht mehr Frauen und Männer, sondern Frauen untereinander», sagt die Ökonomin Alison Wolf im «Magazin» vom 22. Juni 2013. Sie verweist damit darauf, dass die gesellschaftliche Distanz der wenig begüterten Frauen zu ihren wohlhabenden oder reichen Schwestern grösser ist als die zu ihren männlichen Gegenspielern im Geschlechterkampf. Diese Ungleichheit hat bereits vor dreissig Jahren in der Frauenbewegung zum «Schwesternstreit» geführt. Die Frauen des Südens warfen den Feministinnen des Nordens Blindheit gegenüber rassistischer Diskriminierung vor, bezichtigten sie, ihre schichtspezifischen Frauenprobleme zu verallgemeinern und gleichzeitig an ihren Privilegien gegenüber ihren benachteiligten Schwestern festzuhalten.

Frauensolidarität ist nicht gratis zu haben, sondern erfordert eine Umverteilung der Macht. Aus dem heutigen Gleichstellungsdiskurs ist jedoch der Anspruch auf Frauensolidarität verschwunden und die Machtfrage wird kaum mehr gestellt. So werden die komplexen Abhängigkeitsverhältnisse in der Haus- und Care-Arbeit kaum mehr thematisiert.

In der jetzigen Hausangestelltenkampagne geht es um Legalisierung irregulärer Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die materielle Absicherung der Hausangestellten – also mehr um gewerkschaftliche Gleichstellungsanliegen als um die Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutung der ausgeblendeten frauenspezifischen fürsorglichen Leistungen (Care-Arbeit), von denen so viele Menschen (Kinder, Gebrechliche etc.) existentiell abhängen und die mit der Forderung nach Umverteilung unter den Geschlechtern eng verknüpft war. Zudem: Die Sans-Papiers-Bewegung war 2001 stark männlich und gewerkschaftlich geprägt. Die Sans-Papiers-Aktivistinnen haben wenig Verständnis dafür, die Regularisierungsfrage zur Frauenfrage umzukrempeln. Die Sans-Papiers-Aktivistinnen wiederum fühlen sich ihren männlichen Sans-Papiers-Kollegen näher als den privilegierten Frauen, die sich eine Hausangestellte leisten können. Die heutige Zusammenarbeit scheint viel pragmatischer geworden zu sein.

## Sensibilisierung und Aufklärung

Das erste Kampagnenziel ist die öffentliche Sensibilisierung, die sich am Vorgehen der Kampagne «Kein Kind ist illegal» orientiert. So werden auch bei dieser Kampagne Unterschriften für eine Petition gesammelt, was stets Gelegenheit für ein kurzes Gespräch zum Thema mit PassantInnen und Bekannten bietet. Nach einer nationalen Medienkonferenz zur Kampagnenlanierung am 13. März 2013 liegt es nun an den regionalen Gruppen, öffentlichkeitswirksame Strategien zu entwickeln und durchzuführen.

Ein neues Verständnis für die allgegenwärtige Hausarbeit zu gewinnen, ist aufwändig. Bis anhin kam es zu diversen Vernissagen von Büchern, die zum Thema der im Haushalt arbeitenden Sans-Papiers erschienen sind.\* Strassentheater, Lesungen, Filme, Ausstellungen, Podien und Wettbewerbe werden ebenfalls als Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit genutzt, erreichen aber in der Regel bloss die bereits Sensibilisierten. Prominente als KampagnenverstärkerInnen zu gewinnen, ist deshalb ein weiteres wichtiges Kommunikati-

onsmittel, doch muss genau überlegt werden, was von ihnen erwartet werden darf. Mit der Berichterstattung in den Medien lässt sich ein weit breiteres Publikum erreichen, doch ist Medienarbeit für die Rechte von MigrantInnen in gewissen Regionen bloss mit dem Jugend- oder Frauen-Bonus oder dem Kitzel des «Illegalen» möglich. Meist interessieren sich die Medien erst dann für ein Interview oder die Begleitung einer Hausangestellten durch einen Arbeitsalltag. Die grundsätzlichen politischen Fragen kommen dabei allerdings zu kurz. Die politischen Schritte in Form von parlamentarischen Vorstössen

wiederum setzen eine bereits erfolgte öffentliche Sensibilisierung und damit einen öffentlichen Erwartungsdruck voraus.

Diese Aspekte sind der Union, der kleinen Basler Sans-Papiers-Gewerkschaft, klar geworden, die an ihren Runden Tischen mit jeweils ganz bestimmten politischen MachtträgerInnen nur dann Erfolg hatte, wenn sie konkrete, pragmatische, d.h. leicht umsetzbare Forderungen stellte. Um auch bürgerliche PolitikerInnen an die Runden Tische zu bekommen, reichte der bestehende Öffentlichkeitsdruck noch nicht aus. Es braucht mehr Lobbyarbeit und mehr Strassenaktionen, sowie den Einsatz der sozialen Medien.

Koordinator der Kampagne ist ein alter Bekannter von Sosf: Salvi Pittà, der während mehrerer Jahre das Sosf-Archiv leitete. Auskünfte zur Kampagne können über die Webseite [www.khii.ch](http://www.khii.ch) (franz.: [www.aemni.ch](http://www.aemni.ch)) eingeholt werden. Für Interessierte gibt es in allen Regionen Anschlussmöglichkeiten. Denn weiterhin müssen Unterschriften gesammelt sowie neue Ideen und Initiativen geboren werden, um den Kampagnenzielen einige Schritte näher zu kommen.



Anni Lanz

\* Niklaus Pierre-Alain: «Nicht gerufen und doch gefragt», Basel (Lenos) 2013, 158 S., Fr. 18.– (siehe Rezension auf S.11); Knoll Alex, Schilliger Sarah, Schwager Bea: «Wisch und weg», Zürich (Seismo) 2012, 191 S., Fr. 38.–

## Wie weiter?

Dass das Referendum gegen die «dringlichen Massnahmen» nicht zu gewinnen war, war allen daran Beteiligten von Anfang an klar. Die notwendigen Unterschriften kamen zwar erstaunlich schnell zusammen – trotz der winterlichen Temperaturen in der Sammelphase. Während die Asylbewegung aber bei nahezu allen ähnlichen Abstimmungen der letzten Jahrzehnte immer etwa 30 Prozent Nein-Stimmen verbuchen konnte, waren es am 9. Juni nur gerade 21 Prozent.

Eine Bestandsaufnahme und Neubestimmung unserer Arbeit ist angezeigt. Dies umso mehr, als die im letzten Jahr beschlossenen Asylrechtsverschärfungen nur der Auftakt für weitere Veränderungen sind. Den Entwurf für eine grundsätzliche Neuordnung des Asylwesens hatte das EJPD ursprünglich schon für April 2013 angekündigt. Kurz nach der Abstimmung hat es ihn dann in die Vernehmlassung geschickt. Für das «Pilotprojekt» hatten sich die Behörden mit den «dringlichen Massnahmen» vom September 2012 einen Freibrief geben lassen, den auch das Stimmvolk im Referendum abgesehnet hat.

Das BFM ist derweil dabei, neue Bundeszentren zu eröffnen und die Vereinbarungen, die das Amt dafür mit den Gemeinden geschlossen hat, sorgen Anfang August über die Grenzen der Schweiz hinaus für einen Skandal: In Bremgarten (AG) sollte den Flüchtlingen verwehrt sein, die örtliche Badi zu besuchen. Und die grossflächigen Rayonverbote, die auch an anderen Standorten vorgesehen waren, bestätigen die Befürchtungen, dass die neuen Zentren eben doch – weitgehend – geschlossene Einrichtungen werden.

Begonnen hat auch die Diskussion über die geplante kostenlose Rechtsvertretung, die den Asylsuchenden nach der grossen Neuordnung zugute kommen soll. Wie unabhängig darf sie sein? Wem sollen die RechtsvertreterInnen verpflichtet sein: den Asylsuchenden oder den Behörden, die sie bezahlen? Dürfen sie auch dann Rekurse einlegen, wenn sie aussichtslos erscheinen?

Auch über den engeren asylpolitischen Komplex hinaus stehen diverse Themen an: von den Überfremdungsinitiativen der SVP und der «Umweltschutzorganisation» ECO-POP, deren Annahme zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU zwingen würde, über die Situation der Sans-Papiers, die städtischen und kantonalen Bettelverbote, die sich vor allem gegen Roma richten, bis hin zur Flüchtlings- und Asylpolitik der EU, in die die Schweiz durch Schengen und Dublin eingeklinkt ist.



**Solidarité  
sans  
frontières**

**DOSSIER 3 – 2013  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**SEPTEMBER 2013**

**NACH DER ABSTIMMUNG –  
WO STEHT DIE ASYLBEWEGUNG?**



### Wer mit wem gegen was?

Was also soll die migrations- und asylpolitische Bewegung tun? Was ist ihr Handlungsspielraum nach der verlorenen Abstimmung vom 9. Juni? Wie erklärt sich das magere Ergebnis? Wie können wir angesichts geringer Ressourcen die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen verteidigen? Mit welchen BündnispartnerInnen können wir dabei rechnen? Welche Aktionsformen stehen uns zur Verfügung? Soll man auf das Mittel des Referendums ganz verzichten? Wie schaffen wir es, nicht nur der populistischen Politik und den ständig neuen Vorlagen und Zumutungen der Behörden hinterher zu laufen, sondern eigene Themen zu setzen? Es ist nicht das erste und wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir diese Fragen diskutieren. Und vor allem: Die notwendige Strategiedebatte darf nicht verhindern, dass wir unsere Arbeit machen.

In diesem Dossier kommen vier Personen mit verschiedenen Meinungen zu diesen Fragen zu Wort. Weitere möchte Solidarité sans frontières diskutieren – am bevorstehenden FORUM vom 28. September.

**Dossier aus dem  
Bulletin 3 – 2013**

**Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9  
3011 Bern  
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch  
Fon 031 311 07 70  
Fax 031 312 40 45**

**PC 30-13574-6**

# Fremdenangst ist nicht gottgegeben

— Ich gehörte von allem Anfang an zu denjenigen in der Asylbewegung, die sich entschieden für die Ergreifung des Referendums einsetzten. Auch das Resultat vom 9. Juni ändert nichts an meiner Überzeugung. Nun müssen wir versuchen zu verstehen, wie es kam, dass wir über 10 % der Stimmen gegenüber vorangegangenen Referenden verloren und daraus Schlüsse für unsere zukünftigen Tätigkeiten ziehen. In absoluten Zahlen haben wir gegenüber 2006 330000 Menschen weniger für unsere Anliegen gewinnen können – keine Kleinigkeit.

Diesen Stimmenschwund führe ich nicht auf die Qualität unserer Kampagne zurück und auch nicht auf die bescheidenen Ressourcen. Denn die Gegenseite hat in ausgegebenen Franken nicht viel mehr verwendet als wir. Der so oft zitierte Steilpass an die SVP ist ausgeblieben, dieser Gegner stand gar nicht auf dem Spielfeld. Unsere Argumente und Abstimmungsmaterial waren gut, unsere Medienpräsenz ebenfalls und der Tonfall frech und ansprechend. Unsere Schwäche war die Stärke unsere Gegnerschaft: eine doppelte. Einerseits die seit Jahren geschürte Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst, die, wie in ganz Europa, in immer breiteren Kreisen salonfähig werden. Sicherlich ist es nicht übertrieben von Hysterie zu sprechen, wenn ich das Verhalten der CVP- und FDP-Spitzen benenne. Sie verhielten sich wie ehemalige Sowjet-Politbüros, die keine Widerrede zuließen, als sich zaghafte Gegenstimmen in ihren Reihen meldeten. An dieser Stelle möchte ich deshalb explizit den dünn gesäten DissidentInnen in den bürgerlichen Reihen für ihre Unterstützung danken.

Die andere Gegnerschaft, die vermutlich in Stimmen noch schwerer wog, war diejenige, die durch Bundesrätin Sommaruga verkörpert wurde. Ihr gebetsartig wiederholtes Argument der Beschleunigung der Verfahren hat in vielen fortschrittlichen Kreisen für Verunsicherung gesorgt und manches JA in der Urne generiert. Viele SP-WählerInnen wollten nicht gegen ihre Bundesrätin stimmen und viele Menschen, die 2006

gegen Blocher stimmten, konnten sich nicht aufrufen, 2013 für die Flüchtlinge zu stimmen. Auf keinen Fall dürfen wir alle JA-Stimmen mit fremdenfeindlichen Grundgesinnungen gleichsetzen. Deshalb müssen wir unsere Bemühungen für eine kompromisslose Verteidigung der Grundrechte gerade in diesen Kreisen fortsetzen, sonst riskiert der Wertzerfall weiterzugehen. Die aktuellen Ereignisse um Bremgarten machen es sehr deutlich.

Ich plädiere unbedingt dafür, gemeinsame, schweizweite Aktionen zu entwickeln. Denn die lokalen Kräfteverhältnisse sind vielfach so verheerend, dass viele unsere MitstreiterInnen im Laufe der Jahre den Mut verlieren. Und dies mit guten Gründen: die Boshaftigkeit der Mitterrechts- und Rechtsausser- Populisten und die Ängstlichkeit und das Anpassertum der mittellinks und «linken» PolitikerInnen sind so flagrant, dass wir uns oft in einer extrem minoritären Situation befinden. Simonetta Sommaruga und Susanne Hochuli lassen grüssen.

«Mieux vaut être seul que mal accompagné», sagen die Franzosen. Und ganz «seul» sind wir nun auch nicht. Die Referendumskampagne hat in spürbarer Weise in der ganzen Schweiz zu einer Verjüngung und Erneuerung der Asylbewegung geführt. Nun ist es an uns, mit diesen neuen AktivistInnen und den betroffenen MigrantInnen zusammen, neue Kampagnen und Aktionsformen zu suchen. Und vergessen wir nicht: da wo am meisten AsylbewerberInnen leben, gab es am meisten NEIN-Stimmen. Fremdenangst ist keine Fatalität. 

Claude Braun  
ist Vorstandsmitglied von Sosp  
und CEDRI, und Mitglied  
von Longo mai



FORUM

## WIE WEITER IN DER MIGRATIONS-POLITIK?

**Solidarité sans frontières möchte die Vernetzung zwischen den einzelnen, regionalen Gruppierungen, Basisbewegungen und AktivistInnen weiter fördern. Zu diesem Zweck organisieren wir am 28. September ein FORUM, um die Mitglieder und SympathisantInnen von SOSF zusammen zu bringen.**

Das FORUM soll in Zukunft ein regelmässiger Ort der Vernetzung, sowie der gemeinsamen Diskussion, Information und Reflektion zu brennenden Themen im Migrationspolitik sein. Darüber hinaus möchten wir gemeinsame Strategien im Widerstand gegen die immer schärfere Migrationspolitik entwickeln.

Die erste Ausgabe des FORUM's wird einen Tag dauern und sich mit der aktuellen Schiefelage des Schweizer Asylwesens beschäftigen. Die Abstimmung vom 9. Juni, die Asylgesetzrevision vom Dezember 2012 oder die «Causa Bremgarten» sind dabei nur Etappen in der seit langer Zeit andauernden Zerfledderung des Schweizer Asylwesens. Im Zentrum der Fragestellungen wird deshalb vor allem das «Projekt Sommaruga» und die kommende Neustrukturierung des Asylbereichs stehen. Was ist davon zu halten? Welche Rolle müssen wir in diesem Kontext einnehmen? Wo steht die Asylbewegung aktuell? Und wie können wir gemeinsam und schlagkräftig agieren?

Wir laden deshalb alle SympathisantInnen von SOSF ein, am FORUM und an dieser wichtigen Debatte teilzunehmen. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass sich die Einladung an alle Interessierten primär in ihrer Rolle als Person, und nicht als RepräsentantIn einer Organisation, Gruppierung oder Partei richtet.

Mehr Infos dazu unter [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch).

# Die eigenen Reihen schliessen

— Dass wir nach einem Jahr harter Arbeit mit mageren 21 % Nein Stimmen dastehen, war für uns alle eine Enttäuschung. In was für einer Schweiz leben wir eigentlich? Wieso sind 79 % der Stimmberechtigten fremdenfeindlich? Nach dem Sturm folgte nicht die Ruhe – sondern das Hinterfragen. Haben wir mit dem Referendum den Asylsuchenden geholfen? Gibt es den ominösen Steilpass wirklich? Kommt jetzt Verschärfung um Verschärfung und sind wir an der ganzen Misere im Asylwesen mitschuldig? Nachdem mich diese beiden Gedankengänge je 30 Sekunden paralyisiert haben, kam die tatsächliche Analyse. Dass wir das Abstimmungsresultat nicht als Evaluationsinstrument unserer gesteckten Ziele nehmen dürfen, war von Anfang an klar. Zu schwierig war es von Beginn weg, die eigenen Reihen zu schliessen. Die unklare Haltung der SozialdemokratInnen und einiger Hilfswerke hat nach Aussen ein zwiespältiges Bild der Bewegung gezeichnet. So waren sich auf einmal langjährige Sympathisantinnen und Sympathisanten einer gerechten Flüchtlingsbewegung nicht mehr sicher, was das Beste für die Betroffenen sei. Dazu kam ein komplizierter Abstimmungskampf ohne klare Gegenspieler, dafür mit einer überparteilichen Gruppe, welche mit teils komplett gegensätzlichen Motiven die Revision als allgemeine Verbesserung für alle darzustellen versuchte. Der «bürgerliche» Block versuchte dabei krampfhaft das Asyl- und Migrationsthema selber zu besetzen und humanisiert die Praktiken der SVP. Auf der anderen Seite der selbsternannte lösungsorientiert-pragmatische mitte-links Kuchen, der in seinem politischen Engagement zu wenig kämpfen musste und für nicht nachhaltige Lösungen auch gerne Kompromisse auf Kosten der Menschenrechte wagt.

## Ein motivierendes Jahr

Während der Sammelphase und im Abstimmungskampf war von Referendumsmüdigkeit nichts zu spüren. Es war unglaublich motivierend, wie viele junge Menschen sich zusammen taten und sich gemeinsam gegen diese Verschärfungen stemmten. Mit diversen Aktionen, spannenden Referaten und unzähligen Auftritten ist es uns gelungen,

eine informative Kampagne zu führen. Nichts war zu sehen von einem durch Rassismus geprägten Abstimmungskampf, nein, in den Medien wurden viele Hintergrundberichte aufgeschaltet und die Situation in der Schweiz und den Herkunftsländern thematisiert.

Die Zeit ist nun reif, um uns aus der Umklammerung der Bürgerlichen zu lösen und unseren Themen zum Durchbruch zu verhelfen. Den SVP-Strategen wird auch bewusst sein, dass rassistisch geführte Kampagnen den Zenit überschritten haben und die Bürgerlichen wissen intern selber nicht wohin sie wollen. Der Zeitpunkt ist ideal, dazu müssen wir aber die eigenen Reihen schliessen. So, wie es zur Zeit im Finanz- oder Umweltbereich läuft, wo Parteien, Organisationen und Aktivistinnen & Aktivisten sehr gut harmonieren. Unter einem gemeinsam gesteckten Ziel müssen sich direktdemokratische Mittel und Aktivismus ergänzen. Ich bin überzeugt, dass sich in Zukunft vermehrt Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund mit uns zusammen gegen den herrschenden Kurs in der Asylpolitik stark machen werden.

In nur einem Jahr haben wir die Asyl- und Migrationsbewegung verjüngt und gestärkt. Eine Bewegung, die keine scheinbaren Kompromisse eingehen wird und eine Bewegung, die auch in Zukunft bereit ist, Tag und Nacht auf der Strasse zu stehen. Das motiviert uns und öffnet Tür und Tor für einen gerechteren Umgang mit Menschen, unabhängig von Kultur oder Herkunft. 

Andreas Lustenberger ist  
Co-Präsident der  
Jungen Grünen Schweiz

## Ein Zusammenschluss ist dringlicher denn je

— Wenn man das Ergebnis der letzten Volksabstimmung analysieren möchte, scheint es mir wichtig, dass man dabei die Rolle des Referendums in einer partizipativen Demokratie wie der Schweiz nicht aus den Augen verliert. Das Referendum wird oft als das ultimative Instrument, um die Souveränität des Volkes zu garantieren, bejubelt. Es verliert jedoch an Wirksamkeit, wenn das Volk abstimmen geht, ohne von unabhängiger Quelle darüber informiert worden zu sein, was bei der Abstimmung auf dem Spiel steht. In diesem Fall wird eine unterinformierte Wählerschaft von den politisch dominanten Parteien manipuliert.

**«Es ist naiv, zu denken, dass Jahrzehnte der Stimmungsmache einer SVP nicht irgendwo tiefe Spuren hinterlässt, auch in unseren Herzen und Köpfen. Wir leben inmitten von Rassismen, welche zu oft den Blick auf das Wesentliche verstellen.»**

Genau dies geschah bei der Abstimmung vom 9. Juni. Ich denke nicht, dass das Volk abstimmungsmüde ist. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass manche müde sind, ständig von «Asylproblemen» reden zu hören. Das Recht auf Asyl, ein universelles und unveräusserliches Grundrecht, wird von unseren Behörden als Problem definiert. Noch schlimmer: Das Recht auf Asyl wird als Gefahr für die Schweiz dargestellt, die Entscheidungen zu diesem Grundrecht werden von Politik und Behörden monopolisiert, so dass dem Volk das Recht auf eine unabhängige Position verwehrt bleibt.

Flüchtlinge sind in jeder Gesellschaft eine menschliche, eine soziale, eine politische Realität, sie werden vom Volk aufgenommen. Eine wahre Demokratie sollte dafür sorgen, dass Flüchtlinge bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitbestimmen dürfen. Bei einer Volksabstimmung ist die Entscheidungsfindung alleine den Schweizerinnen und

Schweizern vorbehalten, die Betroffenen können sich nicht äussern, und damit verliert die Entscheidung jegliche Legitimität. Schon alleine aus diesem Grund hätte das Referendum nicht ergriffen werden sollen. Die Gruppen und Personen, die das Referendum ergriffen haben – oft aus der lobenswerten Absicht heraus, die Flüchtlinge zu unterstützen – wussten von Anfang an, dass ein Sieg keineswegs gegeben war, dass sie auf eine Niederlage zusteuerten. Sind 20% Nein-Stimmen nun eine schlimmere Niederlage als 30%, wie bei den vorhergehenden Abstimmungen zum Asylwesen? Meiner Meinung nach nicht. Die Rechte und ihre Mitstreiter haben die Angst vor Fremden, insbesondere vor Flüchtlingen, geschürt, die angeblich die Sicherheit und Stabilität der Schweiz gefährden. Dies hat seine Wirkung nicht verfehlt, und anders lautende Informationen konnten dagegen nur sehr wenig ausrichten.

Was tun? Auf keinen Fall den Kopf in den Sand stecken. Ziehen wir die Lehren aus Niederlagen und Rückschlägen, brechen wir aus vorgefertigten Denkmustern aus, entwickeln wir neue Informationsformen, sorgen wir dafür, dass die Flüchtlinge als menschliche, soziale und intellektuelle Bereiche unseres Landes anerkannt werden.

Trotz allem können wir uns darüber freuen, dass in der Schweiz so viele Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Kollektive sich jeden Tag für die Wahrung des Rechtes auf Asyl einsetzen. Heute ist es dringlicher denn je, dass all diese lebendigen, Institutions-unabhängigen Kräfte sich zusammenschliessen und gemeinsam definieren, wie es von hier aus weiter gehen soll. Unser Ziel muss es sein, ein Kräfteverhältnis zu schaffen, bei dem die Behörden gezwungen sind, uns anzuhören, und bei dem die Bevölkerung in unseren Kampf mit einbezogen wird.

Damit es nicht bei Absichtserklärungen bleibt, sollten wir uns schon im Herbst zu einem Forum versammeln, das SOSF organisiert und das allen offen steht. In diesem Rahmen ist eine wahre Konfrontation möglich, die uns helfen wird, uns zu einer effizienten Kraft der Opposition zu formieren. ☸

Graziella de Coulon  
ist die scheidende Co-Präsidentin  
von SOSF und aktiv bei  
«Droit de rester» in Lausanne



## Der «emanzipatorische Arschtritt»

— Einmal mehr gilt es einen gehässigen Volksentscheid zu verdauen. Trotz bissigem Abstimmungskampf folgt die nächste Ernüchterung. Fakt ist, die Bewegung befindet sich in der Defensive. Und weit und breit ist kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Die Gründe für diese Realität mögen vielfältig sein, hinter den aktuellen Zuständen verbirgt sich aber auch ein Versagen der progressiven Kräfte. Das wird weiterhin so bleiben, wenn es der Bewegung nicht gelingt, mit gewissen Mustern zu brechen. Es ist eben nicht nur das «Schoggichopf»-Gepoltere des Stammtisches, welches das gesellschaftliche Klima vergiftet, sondern es sind die rassistischen Bilder in unseren Köpfen generell, die eine offensive Grundhaltung sabotieren. In meiner Zeit als Aktivist der Asylbewegung ist es mir mehr als einmal kalt den Rücken runter gelaufen: Etwa, wenn AktivistInnen mit Betroffenen wie mit kleinen Kindern sprechen, als ob «arabisch» oder «schwarz sein» eine besonders perfide Form einer Behinderung wäre. Ja, wir Schweizer haben tatsächlich ein Problem mit Rassismen. Und ich denke, solange wir Betroffene als arme, verängstigte und unterdrückte Geschöpfe wahrnehmen, die von uns geschützt werden und denen wir helfen müssen, solange wird sich in diesem Land nichts bewegen. Auch weil wir damit das Bestehende zementieren. Helfen macht Menschen zu Opfern, AntirassistInnen hingegen verteilen «emanzipatorische Arschtritte».

### Wer Rechte will, der hat auch Pflichten

Gute Schulbildung und Weltoffenheit alleine schützen noch lange nicht vor komischen Bildern in den Köpfen. Es ist naiv, zu denken, dass Jahrzehnte der Stimmungsmache einer

SVP nicht irgendwo tiefe Spuren hinterlassen, auch in unseren Herzen und Köpfen. Wir leben inmitten von Rassismen, welche zu oft den Blick auf das Wesentliche verstellen. Emanzipatorische Politik braucht manchmal Druck und böse Worte. Aktiv einbinden heisst eben auch einfordern. Wo waren denn die migrantischen Communities im Abstimmungskampf gegen die aktuellsten Verschärfungen im Asylgesetz? Wo waren die anerkannten Flüchtlinge – es sind nicht Wenige – die selber einmal in der gleichen Situation waren? Wäre es nicht ihre Pflicht, zu partizipieren und sich aktiv einzumischen, dort wo Schweinereien passieren? Ist es frech und anmassend das einzufordern? Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, wenn das Referendumskomitee den Mut gehabt hätte, den Weg selbst zum Ziel zu erklären und ein Experiment zu wagen. Nämlich zu sagen, dass die Schweizer Organisationen die Hälfte der Unterschriften sammeln, für die andere Hälfte jedoch die verschiedenen Communities verantwortlich sind. Vielleicht wäre das Referendum in die Hose gegangen, vielleicht hätte sich dadurch auch eine ungeahnte Perspektive ergeben. Zumindest hätte sich die längst überfällige Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren ergeben, denn ohne neue Bündnispartner lassen sich die kommenden Berge nicht bewältigen. ☸

Michi Stegmaier

Der Autor war jahrelang in der  
Asylbewegung aktiv und arbeitet  
als Redaktor bei der  
sozialistischen Zeitung vorwärts.

HUNGERSTREIK VON ASYLSUCHENDEN

### «Non-Citizens» in München

«Heute in den Strassen von München, im Herzen des demokratischen Europas, sind wir in den Hungerstreik getreten, um unsere Asylenerkennung nach Artikel 16 zu bekommen, und setzen der deutschen Regierung eine Frist von drei Tagen, diese Forderung zu erfüllen.» So stand es in einer Erklärung von 95 Asylsuchenden am 23. Juni 2013. Bereits im April hatten die «Non-Citizens» ihre Zelte in der Münchner Innenstadt aufgeschlagen, um die Anerkennung aller Asylsuchender als politische Flüchtlinge, einen Ausschaffungsstopp und die Abschaffung der Residenz- und Lagerpflicht einzufordern. Die Bayerischen Behörden nahmen die Forderungen nicht einmal zur Kenntnis und stellten sich auch nach Beginn des Hungerstreiks stur.

Die Ministerien für Inneres und für Soziales erklärten zunächst jeweils das andere für zuständig. Die Sozialministerin brachte ihre ganz besondere Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit zum Ausdruck: «Hierzulande ist Politik nicht erpressbar, wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann.» Nach Ablauf der dreitägigen Frist erhöhten die Protestierenden den Druck und verweigerten nun auch das Trinken. Zwar gab es nun ein Treffen zwischen den Delegierten der Streikenden und einer Abordnung der Behörden. Letztere versprachen allerdings nur, die Gesuche innerhalb von zwei Wochen überprüfen zu wollen – ein leeres Versprechen. Der Hungerstreik wurde weitergeführt.

Am 30. Juni liess die Landesregierung das Protestcamp räumen. Die Protestierenden kündigten in einer Pressemitteilung nächste Schritte an. Ihr öffentlicher Widerstand ist nicht gebrochen. (Wi)

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF  
FÜR MENSCHENRECHTE

### Familienleben geht vor «Sicherheit»

Am 16. April 2013 verurteilte der Strassburger Gerichtshof die Schweiz wegen Verletzung des Menschenrechts auf Achtung des Familienlebens (Art. 8 EMRK). Der Beschwerdeführer aus Nigeria, Herr Udeh, hatte 2001 im Alter von 29 Jahren unter falscher Identität in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. Nach dessen Abweisung verliess er das Land. Im August 2001 verurteilte ihn der Jugendgerichtshof Wien wegen Kokainbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten bedingt. 2003 kehrte Herr Udeh in die Schweiz zurück,

heiratete eine Schweizerin und erhielt eine Aufenthaltsbewilligung. Im gleichen Jahr gingen aus der Ehe Zwillinge hervor.

Im August 2006 wurde Herr Udeh in Deutschland verhaftet, als er versuchte, 55 Fingerlinge mit insgesamt 257 Gramm reinem Kokain als Bodypacker nach Deutschland einzuführen. Das Landgericht Kleve verurteilte ihn zu dreieinhalb Jahren Haft. Ein Jahr später widerrief das Migrationsamt Basel-Land die Aufenthaltsbewilligung und wies Herrn Udeh aus der Schweiz weg. Die Beschwerden bis hin zum Bundesgericht blieben erfolglos. Neben seiner Straffälligkeit wurde Herrn Udeh auch seine Fürsorgeabhängigkeit entgegengehalten (BG-Urteil v. 8. Januar 2009 2C\_609/2008).

Im Mai 2008 wurde er in Deutschland vorzeitig aus dem Strafvollzug entlassen, kehrte in die Schweiz zurück und blieb hier auch während des Beschwerdeverfahrens vor dem EGMR. Er kam vorübergehend in Ausschaffungshaft; zwischendurch tauchte er unter. 2011 verhängte das Bundesamt für Migration ein Einreiseverbot für zehn Jahre. Herr Udeh blieb jedoch weiterhin in der Schweiz, lebte nunmehr aber getrennt von seiner Ehefrau. Die Ehe wurde geschieden, der Scheidungsrichter räumte Herrn Udeh ein Besuchsrecht alle zwei Wochen ein. 2012 wurde er zum dritten Mal Vater; die Mutter des Kindes ist Schweizerin und die beiden beabsichtigten im Zeitpunkt des EGMR-Urteils zu heiraten.

Die zweite Kammer des EGMR beurteilte die Wegweisung mit 5 zu 2 Stimmen als unverhältnismässig. Das Interesse von Herrn Udeh, bei seiner Familie in der Schweiz zu bleiben, insbesondere den Kontakt zu seinen Kindern pflegen zu können, überwiege das öffentliche Sicherheitsinteresse der Schweiz.

Peter Niederöst

(Urteil EGMR Udeh gegen Schweiz,  
Nr. 12020/09, vom 16. April 2013)

SCHWEIZ UND NIGERIA

### Soap Operas und Ausschaffungen

Der Tod des Joseph Ndukaku Chiakwa beim Ausschaffungsversuch auf dem Flughafen Kloten im März 2010 hatte einen mehrmonatigen Stopp der Sonderflüge zur Folge. Ein Jahr später gingen die Schweiz und Nigeria eine «Migrationspartnerschaft» ein. Im Juni 2013 kam der nigerianische Aussen-Staatssekretär Martin Uhomobhi nach Bern. Die vom BFM aus diesem Anlass verkündeten «Fortschritte» sind ein Dokument der Ungleichheit: Die Projekte im Bereich der «regulären» Migration sind mager – Kurzpraktika etwa, die fünf Mechaniker von Nestlé-Nigeria am Hauptsitz des Konzerns in Vevey absolvieren. Und bei der Bekämpfung der «irregulären» Migration

beschränkt man sich keineswegs auf die Produktion einer Soap Opera für das nigerianische Fernsehen, die dem auswanderungswilligen Publikum die Lust auf ein Schweiz-Abenteuer vergällen soll.

Im Frühjahr 2013 hat das BFM für nigerianische Asylsuchende ein Schnellverfahren eingeführt, das innerhalb von zwanzig Tagen im Empfangszentrum abzuwickeln ist. Rückkehrhilfe soll es für abgewiesene Asylsuchende nur noch geben, wenn sie sich in den ersten drei Monaten entscheiden, das Land zu verlassen. Derartiges kann die Schweiz alleine beschliessen. Beim Vollzug ist sie dagegen auf die Kooperation der «Partner» angewiesen. Beim BFM dürfte man sich sehr gefreut haben, dass die nigerianische Regierung mehr Zwangsausschaffungsflüge akzeptieren und die ständige Stationierung eines Migrationsbeamten in Bern zur schnelleren Ausstellung der für die Ausschaffung erforderlichen Papiere prüfen will.

Hinzu kommt die polizeiliche Kooperation: Das Grenzschutzkorps schult nigerianische Beamte im Erkennen gefälschter Papiere. Zusätzlich wird in Lagos ein entsprechendes elektronisches System installiert. Seit 2011 stiessen 28 Beamte der nigerianischen Drogenpolizei (NDLEA) jeweils für ein paar Wochen zum Grenzschutzkorps oder zu Kantonspolizeien. Dass die nigerianische Polizei für Menschenrechtsverletzungen bekannt ist, scheint jedenfalls die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern nicht zu stören. Wie sie auf eine Interpellation von Grossrat Hasim Sancar (Grüne) erklärte, gingen zwei NDLEA-Agenten Ende Mai/Anfang Juni 2013 zusammen mit ihren Berner KollegInnen auf Streife und nahmen an Einvernahmen von Kleindealern teil, was bei denen zu «erhöhter Gesprächsbereitschaft» und gesunkener «Gewaltbereitschaft» geführt habe. Eigene Befugnisse hätten die NDLEA-Beamten nicht gehabt. Und «Auf Berner Strassen sind keine Menschenrechtsverletzungen geduldet.» Wer's glaubt. (Bu)

KEINE RENTEN MEHR FÜR KOSOVARISCHE  
ARBEITNEHMENDE

### Bundesgericht zementiert Diskriminierung

Das Bundesgericht hat am 19. Juni 2013 im Rahmen eines sozialversicherungsrechtlichen Streitfalles entschieden, dass das ehemals mit der Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Sozialversicherungsabkommen nicht auf Kosovo anwendbar ist. Damit zementiert das oberste Gericht einen Missstand, unter dem Tausende von Arbeitnehmenden, die aus der Schweiz in

## KURZ UND KLEIN



den Kosovo zurückgewandert sind, leiden: Seit März 2010 erhalten sie keine AHV- oder IV-Renten mehr, auch wenn sie in der Schweiz über viele Jahre Beiträge gezahlt haben. Betroffen von dieser Diskriminierung sind auch viele Familien mit Kindern, die ab April 2013 keine Kinderzulagen mehr erhalten. Den ursprünglichen Entscheid, keine Renten mehr nach Kosova auszusahlen, hatte der Bundesrat 2009 mit der fadenscheinigen Begründung getroffen, dass Ermittlungen von Privatdetektiven gegen «Rentenbetrug» dort nicht möglich seien.

Für die Betroffenen ist diese Situation ungerecht und inakzeptabel. In der Schweiz zahlen alle Arbeitnehmenden Sozialversicherungsbeiträge. Umgekehrt muss auch das Recht auf soziale Sicherheit für alle gleichermassen Gültigkeit haben. Der Bundesrat hat es in der Hand, seinen unsinnigen Entscheid und die diskriminierende Praxis gegenüber Arbeitnehmenden aus dem Kosova zu korrigieren. Er muss endlich eine faire Lösung dieses Problems an die Hand zu nehmen und dringend ein Sozialversicherungsabkommen mit der Republik Kosovo aushandeln.

Urteil 9C\_662/2012 v. 19.6.2013

Hilmi Gashi

UMSETZUNG DER AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

## Ende der Verhältnismässigkeit

Im Mai 2012 hatte der Bundesrat zwei Varianten für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in Vernehmlassung geschickt. Am

26. Juni 2013 präsentierte EJPD-Vorsteherin Simonetta Sommaruga die Botschaft. Es handele sich um den Versuch einer «Vermittlung» zwischen den vom Stimmvolk angenommenen neuen Verfassungsbestimmungen und den rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Grundsätzen. Dieser Versuch musste daneben gehen. Danach sollen in Zukunft die Gerichte über die Landesverweisung straffälliger AusländerInnen entscheiden. Grundlage dafür soll ein Katalog «schwerer» Straftaten sein, der von Mord und Totschlag bis hin zum «unrechtmässigen Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe» reicht – ein Delikt, das eigens neu ins Strafgesetzbuch eingeführt werden muss.

Bei Strafen von mehr als sechs Monaten Haft bzw. 180 Tagessätzen Geldstrafe kann das Gericht nur noch in Ausnahmefällen von der Landesverweisung absehen, nämlich wenn der oder die Beschuldigte in ihren «persönlichen Rechten, die von internationalen Menschenrechtsgarantien geschützt werden, in schwerwiegender Weise verletzt würde». Im Normalfall sei davon auszugehen, dass die Landesverweisung bei einer Strafe in dieser Höhe verhältnismässig sei. Aber auch bei noch kürzeren Strafen soll das richterliche «Ausländer raus» ertönen dürfen.

Der SVP geht diese Variante noch zu wenig weit. Ihre «Durchsetzungsinitiative» könnte 2015 oder 2016 zur Abstimmung kommen.

Siehe die Vernehmlassungsstellungnahme von Sosf: <http://bit.ly/15ZUvTk>

(Bu)

## ANZEIGE



spescha e grünenfelder

cumposiziun creaziun squetsch

städtlistrasse 18 • 7130 glion/ilanz  
tel. 081 925 20 44 • fax 081 925 30 63  
[www.spegru.ch](http://www.spegru.ch) • [info@spegru.ch](mailto:info@spegru.ch)

SANS-PAPIERS-BERATUNGSSTELLE ERHÄLT INTEGRATIONSPREIS

## Im Graubereich

Die Sans-Papiers-Beratungsstelle bewege sich «in einem Graubereich», erklärte Berns Sozialdirektorin Franziska Teuscher, «in einem Spannungsfeld zwischen Legalität und Realität», präzisierte die Jury des Berner Integrationspreises. Dass die Stadt Bern den mit 5000 Franken dotierten Preis in diesem Jahr einer Organisation verleiht, die sich für die Rechte von Menschen einsetzt, die offiziell eigentlich nicht existieren, ist so bemerkenswert wie erfreulich. Die Leiterin des Berner Kompetenzzentrums für Integration, Ursula Heitz, begründete den Entscheid: «Sans-Papiers sind schliesslich eine Realität in unserer Gesellschaft, da müssen wir auch den Mut haben, eine Institution auszuzeichnen, die sich für die Betroffenen einsetzt.» Dass die Bundesstadt den Einsatz für Sans-Papiers nun offiziell würdigt, zeigt, dass die Thematik



## IMPRESSUM

BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Auflage dieser Ausgabe:  
4300 deutsch / 850 französisch  
Beglaubigte Auflage WEMF:  
2854 deutsch / 550 französisch

Gestaltung und Satz: Simone Kaspar de Pont, Genève

Druck und Versand: Spescha Luzzi, Ilanz

Redaktion: Heiner Busch (Bu),  
Moreno Casasola (Ca), Maria Winker (Wi),  
Gisela Grimm

Übersetzungen: Sylvie Colbois (médiatrice),  
Olivier von Allmen

Lektorat: Sosf

Fotos: Referendumskomitee Asylgesetz

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
11. Oktober 2013

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2013 inkl. Abo:  
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare /  
Fr. 30.– Nichtverdienende /  
120.– Organisationen  
Abo: Einzelpersonen 30.– /  
Organisationen 50.–

Herausgeberin  
Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9  
3011 Bern  
(Zusammenschluss AKS/BODS)  
Fon 031 311 07 70  
Fax 031 312 40 45  
[sekretariat@sosf.ch](mailto:sekretariat@sosf.ch)  
[www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)  
PC-Konto 30-13574-6



nach über zehn Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen ist.

Die Anlaufstelle kann nicht nur das Preisgeld, sondern auch das öffentliche Interesse gut gebrauchen: Seit Anfang Jahr steckt sie nämlich in finanziellen Schwierigkeiten. Damit sie ihre Aufgabe auch in Zukunft wahrnehmen kann, organisiert sie deshalb Ende Oktober dieses Jahres gemeinsam mit Sosf den «1. Berner Lauf für Sans-Papiers». Mehr Infos dazu gibt es auf der letzten Seite in diesem Bulletin oder unter [www.solidaritätslauf.ch](http://www.solidaritätslauf.ch). (Ca)

**Quellen:** Berner Zeitung Online:

<http://bit.ly/11pGILn>;

Stadt Bern: <http://bit.ly/13THR7>

STAND UP FOR THEIR RIGHT

## Zivilcourage verhindert Ausschaffung

Usman Manir, 27-jähriger pakistanischer Flüchtling, sass am 20. Juni 2013 schon im Air-Berlin-Flieger von Berlin Tegel nach Budapest, als der Protest von rund fünfzig AktivistInnen und vor allem eines Passagiers die Ausschaffung verhinderte. Beim Start der Maschine setzte sich Manir zur Wehr und weigerte sich, sich hinzusetzen. Der kanadische Journalist François-Xavier Sarrazin an Bord der Maschine solidarisierte sich und erhob sich ebenfalls. «AktivistInnen haben mir vor dem Betreten der Maschine ein Flugblatt in die Hand gedrückt», erklärte Sarrazin der «taz». «Nicht schon wieder diese Scheiße, habe ich gedacht. In Kanada passiert mit Flüchtlingen genau das Gleiche. Auf dem Flugblatt stand wörtlich: Wenn du dich nicht hinsetzt, darf das Flugzeug nicht starten. Das Einzige, was ich also machen musste, war aufzustehen und mich zu weigern, mich zu setzen.»

Infolge der Aktion weigerte sich der Pilot mit aller Vehemenz, die Maschine zu starten und forderte, dass sowohl Manir wie auch Sarrazin zunächst die Maschine verlassen müssten.

Der Fall des Usman Manir zeigt einmal mehr, dass Ausschaffungen zumindest bei normalen Linienflügen verhindert werden können, wenn die Information von Menschenrechtsgruppen an Passagiere mit Zivilcourage gerät. Die Schweiz nimmt übrigens wieder Rückführungen in die Asylhöle Ungarn vor und plant ab Ende August auch wieder Zwangsausschaffungen nach Sri Lanka. (Ca)

**Quellen:** [de.indymedia.org](http://de.indymedia.org) (23.Juni);

[www.taz.de/!118620](http://www.taz.de/!118620)



AN DEN AUSSENGRENZEN

## Lampedusa

Lampedusa ist eine kleine Insel vor dem italienischen Festland. Sie zeichnet sich aus durch die Abwesenheit staatlicher Unterstützung, eine improvisierte Tourismusökonomie und hohe Arbeitslosigkeit. Im Sommer kommen die TouristInnen. Im Winter herrscht gähnende Untätigkeit. Auf dieser Insel strandeten Ende 2008 über 36 000 MigrantInnen. 2011 kamen im Zuge der arabischen Revolutionen erneut Zehntausende von Flüchtlingen aus den subsaharischen Ländern an – in desolaten Booten, völlig erschöpft. Seither ist Lampedusa Brennpunkt der restriktiven europäischen Migrationspolitik und der von ihr erzeugten Tragödien.

Der Ethnologe Gilles Reckinger forschte von 2008 bis 2011 auf der Insel. Sein Interesse galt dem Leben der 5 700 BewohnerInnen und ihrem individuellen und kollektiven Umgang mit dem Phänomen der Migration. Er sprach mit Aktivistinnen, Ladenbesitzern, Arbeitslosen etc. über ihren Alltag, über die MigrantInnen und die europäische Migrationspolitik. Um mit dem Phänomen der Migration fertig zu werden, habe Europa eine polizeiliche Antwort gewählt, sagt eine Insulanerin: «Sie sprechen über diese Sache im Sinne von Sicherheit und Repression. Das ist ein Paradox. Denn die Insel (...) erlebt dieses Phänomen direkt. Wir sehen die Immigranten (...): Sie kommen in fürchterlichem Zustand. Diese Menschen brauchen keine Polizei, keine gepanzerten Busse für den Gefangenentransport, sondern Ärzte, Rechtsanwälte usw.» Reckinger schildert wie Lampedusa zum «Spielball der Migrationspolitik Europas» wurde. Und er zeigt die erstaunliche Zivilcourage, mit der die BewohnerInnen der Insel ein Gegenstück zur Migrationspolitik Europas liefern. Reckingers Ethnografie ist im Gegensatz zu den medialen Berichten über «Flüchtlingsströme» und den populistischen Aussagen der Politik ein Buch, das der Instrumentalisierung von Lampedusa als einem Symbol der Gefährdung Europas durch den Rest der Welt vehement Einhalt gebietet. (Wi)

**Gilles Reckinger: Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas, Wuppertal (Peter Hammer Verlag) 2013, 228 S., Fr. 28.90**

## Billig, flexibel, stumm

Hunderttausende von Personen in der Schweiz greifen heute auf bezahlte Hilfe zurück, um ihren Haushalt in Schuss zu halten. In hiesigen Privathaushalten sind mehrheitlich Menschen angestellt, die kaum eine andere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt haben: wenig qualifizierte SchweizerInnen, legal niedergelassene AusländerInnen oder GrenzgängerInnen und schliesslich Sans-Papiers – Männer und vor allem Frauen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Weil sie aus Nicht-EU-Staaten kommen, räumt ihnen das Schweizer Ausländergesetz keine legale Einwanderungsmöglichkeit ein.

Pierre-Alain Niklaus schreibt über die mehr als zehntausend Menschen aus Südamerika, Afrika und Asien, die über Jahre hinweg rechtlos in der Schweiz leben und arbeiten. Sie sind für das kapitalistische Wirtschaftssystem der Schweiz profitabel. Sie sind billig, flexibel und vor allem stumm, denn sie können wegen der permanent drohenden Gefahr der Ausschaffung ihre Rechte nicht geltend machen. Niklaus gibt diesen Menschen eine Stimme, indem er ihre Arbeits- und Lebensbedingungen in der Schweiz aufzeichnet. Es entsteht eine Ethnografie der Prekarität. Zudem zeigt er einerseits, wie notwendig diese ArbeiterInnen für das Wirtschaftssystem sind. Andererseits entlarvt er die Machenschaften der Politik, die dieser ausbeuterischen Notwendigkeit nichts entgegenhält, sondern die menschlich und rechtsstaatlich unhaltbare Situation der Sans-Papiers in der Schweiz bewusst in Kauf nimmt. Dieses Buch ist durch die Verknüpfung der realen Erfahrungen der Menschen mit den skandalösen politischen und wirtschaftlichen Umständen der Schweiz, die die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen verursachen und stützen, eine eindrückliche Lektüre.

Niklaus schliesst mit einem Plädoyer für würdige Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen für Menschen aus Südamerika, Afrika und Asien. Die Lösung sieht er in der Bekämpfung des Ausländergesetzes, das die Menschen einteilt in solche mit mehr, weniger und mit gar keinen Rechten und damit Überausbeutung und die prekären Lebensbedingungen mit verantwortet und staatlich schützt. Weiter gilt es aber auch das kapitalistische Wirtschaftssystem zu hinterfragen, da dieses auf flexible und billige Arbeitskräfte angewiesen ist und damit die Ungleichheitsverhältnisse sowohl im Produktions- wie auch im Reproduktionssektor herstellt und aufrechterhält. (Wi)

**Pierre-Alain Niklaus: Nicht gerufen und doch gefragt. Sans-Papiers in Schweizer Haushalten, Basel (Lenos) 2013, 158 Seiten, 18 Fr.**



## «Vernetzung ist das A und O»

Pauline Milani ist seit 2011 Vorstandsmitglied und seit kurzem die neue Co-Präsidentin von Solidarité sans frontières. Wer ist die Frau, die als 30jährige zur jüngsten Amtsträgerin von SOSF avanciert?

Sie kommt aus dem Jura, arbeitet als doktrinierte Historikerin an ihrem Post-Doc an der Universität Fribourg und wohnt in Lausanne. Sie findet, dass «in der Schweizer Medienlandschaft zu wenig interessante Möglichkeiten auf journalistische Tätigkeiten bestehen», weshalb sie ihr Studium der Medienwissenschaften heute als «etwas verfehlt» erachtet. Ihr Vater ist ein alter Eisenbahner und eingefleischter Gewerkschafter, ihre Mutter bezeichnet Milani als «politisch engagiert». Als Kind schleppten sie ihre Eltern öfters an Demos und zu Tisch wurde häufig debattiert. «Politisches Engagement hat eine gewisse Tradition in unserer Familie», meint Milani. «Das erklärt vielleicht ein Stück weit meine heutigen Aktivitäten.» Doch weshalb im Migrationsbereich?

**«Für das persönliche Engagement ist es hilfreich, die (inter)nationalen Zusammenhänge zu kennen.»**

Als 2004 die Geschichte des «mouvement des 523» im Kanton Waadt begann, da war Pauline Milani auch dabei. «Eines der Refuges für die 523» öffnete Anfang 2005 in der Kirche in meinem Wohnquartier. Also ging ich vorbei und entschloss mich, mitzuhelfen.» Es war für Milani die erste echte Begegnung mit den Realitäten der Schweizer Migrationspolitik. «Ich übernahm viele Präsenzsichten im Refuge. So lernte ich die Asylsuchenden und ihre Probleme kennen.» Danach hat sie die Migrationspolitik nicht mehr losgelassen.

2006 engagierte sie sich stark im Rahmen des Referendums gegen die damalige Asylgesetzrevision. Doch nach dem beispiellosen Erfolg des «mouvement des 523» (alle 523 Personen erhielten eine Aufenthaltsbewilligung) war das Referendum 2006 im Ergebnis ein Tiefpunkt. «Die Niederlage an der Urne hat in der Waadt tiefe Risse in der Asylbewegung hinterlassen», konstatiert Milani. «In der Wut und Ohnmacht über die Niederlage wollten viele von uns vor allem eines

machen: Aktionen, mit den Asylsuchenden zusammen. Das taten wir auch – und nannten die Gruppe ganz fantasievoll «groupe actions», erklärt sie lachend. Da in anderen Schweizer Städten gleichzeitig ähnliche Bewegungen entstanden, dauerte es indes nicht allzu lange, bis sich die «groupe actions» umbenannte: In «Droit de rester – Bleiberecht für alle». «Die schweizweite Vernetzung zwischen den verschiedenen Gruppierungen mit ähnlichen Zielen hat vielen AktivistInnen wieder Mut gemacht», sagt Milani.

«Vernetzung ist das A und O für unsere Kreise, ohne geht es nicht.» Die Vernetzungsarbeit ist es denn auch, die Pauline Milani als neue Co-Präsidentin von SOSF in den Vordergrund ihres Engagements rückt. Sie möchte SOSF in der Romandie künftig stärker verankern und «mehr Möglichkeiten für den Austausch zwischen den verschiedenen Gruppierungen schaffen, zum Beispiel über unser Forum Ende September.» Milani ist überzeugt davon, dass auf nationaler Ebene mehr gemeinsames Handeln nötig ist. «Im Endeffekt sind die AktivistInnen zwar vor Ort engagiert. Aber für das Engagement ist es hilfreich, die (inter)nationalen Zusammenhänge zu kennen. Die Bereitstellung dieser Informationen und die Vernetzung der regionalen Gruppierungen müssen wir bei SOSF deshalb gewährleisten.»

### HERZLICHEN DANK

Nach vielen Jahren unermüdlicher Arbeit treten Graziella de Coulon und Peter Frei von ihren Ämtern als Co-PräsidentInnen von SOSF zurück. Während Peter Frei SOSF im Vorstand erhalten bleibt, möchte sich Graziella de Coulon wieder vermehrt vor Ort engagieren und verlässt deshalb auch unseren Vorstand. Wir danken Graziella de Coulon und Peter Frei herzlichst für ihre unersetzliche Arbeit der letzten Jahre! Das Co-Präsidium bilden neu Pauline Milani und Hilmi Gashi.

### VERANSTALTUNGSHINWEISE

FORUM | 28. SEPTEMBER 2013

## «Wie weiter in der Migrationspolitik?»

Solidarité sans frontières möchte die Vernetzungsarbeit zwischen den einzelnen, regionalen Gruppierungen und Basisbewegungen und den schweizweit aktiven AktivistInnen weiter fördern. Zu diesem Zweck organisieren wir am 28. September ein FORUM, um die Mitglieder und SympathisantInnen von SOSF zusammen zu bringen.

Alle Infos zum FORUM: [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

SOLILAUF | 26. OKTOBER 2013

## Berner Solilauf für Sans-Papiers

Mit dem Berner Solidaritätslauf für Sans-Papiers soll ein starkes Zeichen für die Rechte der Sans-Papiers gesetzt werden. Der Gewinn aus dem Solidaritätslauf geht an den Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers.

Alle Infos unter: [www.solidaritätslauf.ch](http://www.solidaritätslauf.ch)